

## Energiearmut: Immer mehr Haushalte betroffen

Mehr als 17% der Haushalte in Deutschland sind inzwischen mit den Energiekosten an der Belastungsgrenze, bei vielen ist diese schon überschritten. Seit 2008 (13,8 % betroffene Haushalte) sind jedes Jahr mehr als 400.000 Haushalte hinzu gekommen, die mehr als 10% ihres Nettoeinkommens für Energie aufwenden müssen.

Grund sind explodierende Kosten vor allem beim Heizöl, das in den letzten 10 Jahren um 140% teurer geworden ist. Musste ein Haushalt 2002 für leichtes Heizöl Kosten von 1000 Euro/Jahr aufwenden, waren es in 2012 bereits 2400 Euro.

Die 13,8% finden Sie in der Antwort der Bundesregierung auf Frage Nr. 3:

[dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710582.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710582.pdf)

Die 2011 Zahl mit mehr als 17 % betroffenen Haushalten finden Sie - [hier](#) - in der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage.

Die schriftliche Frage hatten wir im Nachklapp zu dieser Anfrage gestellt, die vor allem die Kostensteigerungen beim Heizen deutlich gemacht hatte:

[www.baerbel-hoehn.de/meine-themen/energieatom/kleine-anfrage-energiearmut-bekaempfen.html](http://www.baerbel-hoehn.de/meine-themen/energieatom/kleine-anfrage-energiearmut-bekaempfen.html)

Bärbel Höhn:

"Die fossilen Energien werden zur Armutsfalle und die Bundesregierung sieht tatenlos zu, wie jedes Jahr 400.000 Haushalte mehr in diese Falle geraten. Das angekündigte „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ ist zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht um die Komponenten Energieeinsparung und Klimaschutz erweitert wird. Denn auch die öffentlichen Haushalte, vor allem die Kommunen, sind mit diesen immensen Kostensteigerungen für Heizen überfordert.“

„Die Bundesregierung muss mehr tun, auch finanziell, um die Sanierung voranzubringen. Die KfW-Programme müssen um 2 Mrd. Euro aufgestockt und in den Bundeshaushalt überführt werden. Für die investitionswilligen Haushalte brauchen wir die steuerliche Förderung als Anreiz und für die einkommensschwachen einen Klimazuschuss zum Wohngeld, damit die Mieter bei der energetischen Modernisierung nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden.“

„Wir fordern, einen neuen Energiesparfonds mit einem Volumen von 3 Mrd. Euro jährlich aufzulegen und zu einer dauerhaften Effizienzinitiative auszubauen. Nur mit einer Strategie „Weg vom Heizöl“ werden wir die Probleme in Griff kriegen und die Kostenentlastung schaffen.“

---

Quelle: <http://www.baerbel-hoehn.de/?id=3008435>

© Bärbel Höhn MdB 2017

---